

**Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung**  
(29. - öffentliche - Sitzung am 8. März 2019)

**Beratungsthemen:**

1. **Fahrradmobilitätskonzept Niedersachsen jetzt veröffentlichen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/2829](#)

**dazu:** Unterrichtung durch den Staatssekretär im Nds. Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung Herrn Dr. Lindner: zum Thema „Vorstellung des Gutachtens zum Fahrradmobilitätskonzept“

Der Ausschuss begann mit der Antragsberatung. Er nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

2. a) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über Ladenöffnungs- und Verkaufszeiten**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1383](#) neu

b) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über Ladenöffnungs- und Verkaufszeiten**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/2461](#)

**hier:** Abgabe einer Stellungnahme

Der Ausschuss führte anhand der Vorlage 19 die Mitberatung gemäß § 28 Abs. 4 GO LT durch und beschloss, dem federführenden Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung anstelle einer förmlichen Stellungnahme einen Auszug aus der Niederschrift über diese Sitzung zu übermitteln, aus dem sich das Meinungsbild des Ausschusses ergibt.

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Auflösung der Clausthaler Bergbaukasse**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/3039](#)

Der Ausschuss führte die Beratung durch und beschloss, dass die Clausthaler Bergbaukasse, wie im Gesetzentwurf vorgeschlagen, mit Ablauf des 31. Dezember 2019 aufgelöst werden soll. Mit dieser Maßgabe empfahl er dem Landtag, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

*Ablehnung:* -

*Enthaltung:* -

Als Berichterstatter wurde der Abg. Stefan Klein (SPD) benannt.

4. **Konsequenzen aus Diesel-Betrugsskandal ziehen: Wirtschaftssanktionsrecht verschärfen, Zivilprozessrecht anpassen, Whistleblower schützen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/1394](#)

**hier:** Abgabe einer Stellungnahme

Der Ausschuss führte die Mitberatung gemäß § 28 Abs. 4 i. V. m. § 39 Abs. 2 Satz 3 GO LT durch. Er beschloss, dem federführenden Ausschuss für Rechts- und

Verfassungsfragen anstelle einer förmlichen Stellungnahme einen Auszug aus der Niederschrift über diese Sitzung zu übermitteln, aus dem sich das Meinungsbild des Ausschusses ergibt.

5. **Freie Fahrt in Niedersachsen für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und FSJlerinnen und FSJler: Schülerticket und kostenlose Schülerbeförderung für Sek II jetzt!**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/2576](#)

**dazu:** Eingabe 00747/06/18

Der Ausschuss erörterte eine Verfahrensfrage mit dem Ziel, das in der 27. Sitzung am 8. Februar 2019 vereinbarte weitere Vorgehen zu konkretisieren, und beschloss, dass die Fraktionen der Landtagsverwaltung die Tarif- und Verkehrsverbünde, die um eine schriftliche Stellungnahme gebeten werden sollen, benennen.

6. **Planungsunterlagen müssen zwischen Behörden endlich digital übertragen werden**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/2815](#)

Der Ausschuss begann mit der Beratung des Antrags. Auf Vorschlag der Koalitionsfraktionen beschloss er, in der nächsten Sitzung eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegenzunehmen. Sie baten um Informationen zu den rechtlichen Rahmenbedingungen und zu den auf Landes- und Bundesebene ergriffenen Gesetzesinitiativen. Der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erbittet in Bezug auf die Nr. 4 des Forderungskatalogs der Entschließung Informationen über den Stand der Umsetzung der „wichtigen Projekte des Bundesverkehrswegeplans“.

7. **Nachhaltige Gründungsoffensive für Niedersachsen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/2828](#)

Der Ausschuss begann mit der Beratung des Antrags. Auf Antrag der Koalitionsfraktionen beschloss er, in der nächsten Sitzung eine Unterrichtung durch die Landesregierung über die bisherige Entwicklung der Gründerkultur in Niedersachsen entgegenzunehmen.

Seitens der SPD-Fraktion wurde darum gebeten, dass der Ausschuss nach Möglichkeit schon bei dieser Gelegenheit über das Ergebnis der Evaluation der Gründerzentren informiert wird.

Die FDP-Fraktion bat darum, dass die Landesregierung dem Ausschuss mitteilt, in welchem Umfang die Inhalte des Gutachtens zur Gründerkultur in die Überlegungen zu einer Stärkung der Gründerkultur in Niedersachsen einbezogen werden, und über die finanzielle Situation der Innovationsförderung in Niedersachsen im Jahre 2019 und in den Folgejahren zu informieren.

8. **Kein Bürokratie-Stipendium schaffen - Gründerstipendien gründerfreundlich gestalten!**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/2889](#)

Der Ausschuss begann mit der Beratung des Antrags. Auf Antrag des Sprechers der Fraktion der CDU beschloss er, hierzu in der nächsten Sitzung eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegenzunehmen.

9. **Bahnverkehr voranbringen, Bürgerbeteiligung gewährleisten, Lärmschutz stärken**  
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/2901](#)

Der Ausschuss setzte den Punkt von der Tagesordnung ab.

10. **Terminangelegenheiten**

Der Ausschuss schlug als neuen Termin für das Jahresgespräch mit dem Gesamtverband Niedersächsischer Kreditinstitute den 14. Juni 2019 (zusätzliche Sitzung) vor und bat darum, diesen mit dem Gesamtverband abzustimmen.